



PerGlobal
Perspektiven Globaler Politik

Diskussion

Europäischer Wettbewerb um leere Versprechungen.

Die Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie

Tile von Damm, Nika Greger, Markus Steigenberger
Berlin, März 2003

Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie

Auf dem Frühjahrsrat Ende März werden die europäischen Staats- und Regierungschefs die Lissabon-Strategie überprüfen und neue Leitlinien für die kommenden Jahre festlegen. Das Ziel von Lissabon, bis zum Jahr 2010 die wettbewerbsstärkste Region der Welt zu sein, werden die EU-Staaten weit verfehlen. Stattdessen prägen wirtschaftliche Stagnation, hohe Erwerbslosenquoten und Haushaltsdefizite das Bild.

Einseitige Ausrichtung

Die Politik scheint darauf nur eine Antwort zu kennen: eine ausschließliche Fokussierung auf Wirtschaftswachstum. Dieser Logik folgend liegt das Wohl der EU allein in einer Verschärfung des globalen und Eu-internen Wettbewerbs. Weitere Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen sollen die EU fit machen für die Konkurrenz mit den USA und asiatischen Staaten. Doch diese kurzfristige Sichtweise konterkariert nicht nur die - in der Tat vorhandenen - sozialen und ökologischen Ziele der Lissabon-Strategie. Es ist vielmehr zu befürchten, dass sämtliche Politikbereiche dem gegenwärtig vorherrschenden Paradigma der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet werden sollen. Soziale und ökologische Auswirkungen der radikalen Liberalisierungsmaßnahmen, wie etwa der Dienstleistungsrichtlinie, werden nicht thematisiert.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Äußerung von Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso, der die drei Säulen der Nachhaltigkeit mit drei Kindern vergleicht, von denen eines krank sei und deshalb der ganzen Aufmerksamkeit bedürfe, um wieder zu genesen. Vater Barroso übersieht dabei allerdings, dass die beiden anderen Kinder schon zu schwach zum quengeln sind und die Wirtschaft, sein Sorgenkind, lediglich am lautesten schreit.

Chancen für die kommenden Jahre

Die Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie und ihre (Neu-) Ausrichtung auf dem kommenden Frühjahrsrat bieten auf der anderen Seite Chancen, den grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Rahmen der Europäischen Union für die kommenden fünf Jahre zu setzen. Zuvorderst muss die Ausgangsanalyse der Lissabon-Strategie grundlegend hinterfragt werden. Kommissionspräsident Barroso sagt selbst: "Economic growth is not an end in itself." Daraus aber eine ausschliesslich wettbewerbsorientierte Strategie zu stricken, ist wenig verständlich.

Eine Starke Umwelt- und Sozialpolitik als Grundlage

Die Verantwortlichen müssen endlich lernen, dass die Zukunft der EU nicht in einem falsch verstandenen "Wirtschaftsgigantismus" liegt. Im Gegenteil: Ohne eine starke und integrierte Umwelt- und Sozialpolitik wird es über kurz oder lang auch keine wirtschaftliche Entwicklung geben. Die Kosten für verschmutzte Luft und Wasser, giftige Chemikalien, den Klimawandel oder den weiteren Verlust an biologischer Vielfalt werden sich negativ auf die Produktivität in Europa auswirken, sowohl was Gesundheit, als auch Naturkatastrophen angeht. Es bedarf daher der systematischen Förderung innovativer und zukunftsorientierter Bereiche, bei gleichzeitiger Steigerung der Öko-Effizienz. Ohne eine stabile demokratische, soziale und ökologische Politik wird die EU nicht nur in der Bevölkerung weiter an Rückhalt verlieren, sondern die verpassten Chancen zu einer nachhaltigen Entwicklung eines Tages nur schwer revidieren können.

Zukunftsorientierte Leitbilder

Die EU sollte sich an zukunftsorientierten Leitbildern orientieren, wie etwa den folgenden:

Globale Verantwortung übernehmen

Die EU ist bereits einer der stärksten Wirtschaftsblöcke der Welt. Sie hat daher die Verantwortung gegenüber anderen Weltregionen zu übernehmen und kann nicht das Wohlergehen der Schwächeren den eigenen Profitinteressen opfern. Initiativen wie die Einführung einer europaweiten Steuer auf Flug- und Schiffverkehr, deren Einnahmen den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Andere Forderungen, wie eine weitere Liberalisierung des Wassersektors in Entwicklungsländern im Rahmen der GATS-Verhandlungen, führen dagegen in die falsche.

Ökoeffiziente Innovationen statt altmodischer Industriepolitik

Die EU sollte nicht auf altmodische und auslaufende Wirtschaftsmodelle setzen und auf deren Verfechter in den Wirtschaftsverbänden hören. Die Zukunft liegt vielmehr in ökoeffizienten und innovativen Wirtschaftsbereichen. Sie sollte Unternehmen fördern, die erkannt haben, dass ohne Umwelt- und Ressourcenschutz sowie hohe soziale Standards dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit nicht zu haben ist.

Rahmenbedingungen verbessern

Dazu bedarf es eines regulativen Rahmens, innerhalb dessen sich ökologische Innovationen entwickeln können. Die aktive Förderung und Unterstützung neuer umweltverträglicher Technologie muss Hand in Hand gehen mit der schnellen Abschaffung umweltschädlicher Subventionen. Preise müssen die tatsächlichen Kosten für die Umwelt und die Gesellschaft widerspiegeln. Marktmechanismen sind so umzugestalten, dass sie nicht länger natürliche Lebensgrundlagen zerstören und soziale Maßnahmen konterkarrieren.

Finanziellen Spielraum schaffen

Die Mitgliedstaaten der EU sollten sich endlich auf eine einheitliche Steuerpolitik einigen. Kombinierte ökonomische und steuerliche Instrumente sowie der radikale Abbau umweltschädlicher Subventionen können den finanziellen Spielraum für eine nachhaltige Politik bieten. Über die öffentlichen Ausgaben bei der Beschaffung und Vergabe von Aufträgen sollte anhand ökologischer und sozialer Kriterien entschieden werden.

Forschung und Entwicklung nachhaltig fördern

Die Lissabon-Strategie fordert, mindestens 3% des BIP für F&E-Maßnahmen auszugeben, was die Kommission in ihrem Bericht an den Frühjahrsrat noch einmal bestätigt. Daran sollten sich die Mitgliedstaaten halten, allerdings darf dies nicht zu einer unreflektierten Förderung von Risikotechnologie wie der Gentechnik führen.

Ehrgeizigen Klimaschutz betreiben

Gerade im Klima- und Energiebereich zeigt sich, wie rückwärtsgewandt ein Vergleich der EU mit der US-Wirtschaft ist. Wissenschaftler warnen zunehmend vor den immensen menschlichen und finanziellen Kosten durch den Klimawandel.

Während die USA sich aus dem Kyoto-Protokoll zurückgezogen und damit aus der Verantwortung gestohlen haben, hat die EU bisher eine positive Rolle gespielt. Dem widerspricht die gerade vorgelegte Strategie für eine erfolgreiche Bekämpfung der globalen Klimaänderung der EU-Kommission. Deren Ausrichtung ist ökonomischer Natur, was kostet es, Maßnahmen in der EU gegen den Klimawandel zu ergreifen, ist die Hauptfrage. Außerdem will die Kommission in diesem Jahr zuerst mit den wichtigsten Partnern die Optionen für eine Strategie nach 2012 erörtern und erst danach ihre eigene Position für die kommenden Verhandlungen festlegt.

Die EU sollte aber auch in Zukunft beim internationalen Klimaschutz vorangehen. Dazu gehört einmal eine klare Zielsetzung in der Reduktion von Treibhausgasen (- 30 % bis 2020 und -80% bis 2050). Gleichzeitig bietet dieser Bereich die große Chance mit innovativen Technologien zukunftsfähige Märkte zu erschließen, etwa bei den Erneuerbaren Energien. Die Zukunft des Weltklimas sollte nicht kurzfristigen industriepolitischen Interessen geopfert werden.

Aktive statt passive Sozialpolitik

In der Lissabon-Strategie muss eine aktive anstelle einer passiven Sozialpolitik verbindlich verankert werden. Die Idee des lebenslangen Lernens ist zu begrüßen, jedoch ist ein Niedriglohnsektor kontraproduktiv für diese Entwicklung. In der von der Kommission herausgegebenen Studie "Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002" wird festgehalten, dass "eine wichtige Ursache für Armut und soziale Ausgrenzung [...] eine Niedriglohnbeschäftigung" ist.

Nachhaltige Wissens- und Informationsgesellschaft

Grundlage für die Wissensgesellschaft ist die Möglichkeit zur aktiven Teilhabe. Neben dem Ausbau von Informations- und Kommunikationstechniken müssen vor allem Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden. Freie und offene Standards sind essentiell für eine prosperierende Informationsgesellschaft. Juristische Ausgestaltungen wie bei den Softwarepatenten oder dem Urheberrecht müssen im Sinne eines umfassenden integrativen Ansatzes zur Gestaltung einer nachhaltigen Wissens- und Informationsgesellschaft hinterfragt werden. Bislang fehlt der Lissabon-Strategie ein strategischer verbraucherorientierter Ansatz.

Diese Diskussion ist in leicht modifizierter Form erschienen in: punkt.um. Infodienst für Umwelt und Nachhaltigkeit, März 2005, S.4f., oekom verlag, München

Kontakt: info@perglobal.com